

## Flüchtlinge – Diözesanrat der Katholiken im Bistum Aachen fordert Versachlichung der öffentlichen Diskussion

Die populistischen Stellungnahmen von vielen Politikerinnen und Politikern aus allen Parteien, die nach den aktuellen Ereignissen, insbesondere in der Sylvesternacht, derzeit öffentlich verbreitet werden, sind nicht hilfreich für eine sachliche, tragfähige und zukunftsorientierte Bewältigung der bestehenden Probleme. Von diesen Politiker-/innen werden keine brauchbaren und überzeugenden Lösungswege angeboten. Vielmehr erleben wir unüberlegte und an einer vermeintlichen „Volksmeinung“ ausgerichtete Äußerungen, die generalisierend und z.T. vorverurteilend sind, aber ohne jede reale Substanz. Es gibt keine überzeugende Antwort auf die Frage, wohin denn die Menschen sollen, die auf der Flucht sind, wenn man die Grenzen schließt.

Dadurch werden Ängste – auch bei Bürgern, die nicht unbedingt ausländerfeindlich eingestellt sind – geschürt, ohne dass diese Ängste sachlich überhaupt einen zwingenden Grund hätten. Es scheint beinahe, dass sich alle Parteien derzeit mehr darum bemühen, rechtspopulistischen Forderungen das Wort zu reden, als ernsthaft an Lösungen interessiert zu sein. Wo das endet, haben wir Anfang der neunziger Jahre gesehen. Die Reaktion auf brennende Asylbewerberunterkünfte war eine Verschärfung des Asylrechts.

Unter dem Blickwinkel der Realität ist festzuhalten, dass der Anteil krimineller Personen unter Flüchtlingen nicht höher ist als bei der deutschen Bevölkerung. Mit dieser Quote muss jeder leben und auskommen können. Denn es gibt keinen sachlichen Grund, weshalb dies auf Ausländer bezogen nicht gelten soll. Wir verlangen von den Menschen, die nach Deutschland fliehen, zwar zutreffend und zu Recht die Beachtung unserer freiheitlichen Rechtsordnung und der geltenden Grundlagen, die das Leben miteinander regeln – aber das verlangen wir auch von unseren deutschen Mitbürgern. Und bei denjenigen, die unter diesen die Rechtsordnung nicht beachten, verlangt niemand ernsthaft deren Ausbürgerung.

Die Lage wird gegenwärtig vor allem aus der rechten Szene als willkommener Anlass missbraucht, um eine ausländerfeindliche Politik zu manifestieren. Dieser ideologischen Instrumentalisierung muss entgegen gewirkt werden, und zwar durch klare, nüchterne und sachlich fundierte Einschätzungen der Situation. Nur so kann wirksam eine ergebnisorientierte Überzeugungsarbeit für eine kontinuierliche Entwicklung positiver Menschenbilder bei jedem Bürger geleistet werden. Deshalb appelliert der Diözesanrat an alle politisch verantwortlichen Personen in Deutschland, sich nicht medienwirksam mit immer mehr unüberlegten Forderungen und Stellungnahmen zu positionieren. Es ist vielmehr geboten, ein vernünftiges und situationsgerechtes Augenmaß zu behalten und die Verhältnismäßigkeit zu wahren als mit überzogenen und bei näherer Betrachtung unter Zugrundelegung der rechtlichen Realität nicht durchsetzbaren Forderungen mit „Schnellschusscharakter“ zu reagieren. Denn dies verstärkt die skeptischen und ängstlichen Einstellungen von vielen Bürgern. Die gegenwärtigen Strömungen und Meinungsbilder sind für die Entwicklung von Deutschland und Europa gefährlicher als die Zunahme der Flüchtlingszahlen.

Es besteht eine hohe Verantwortung der Politik für eine nachhaltige und soziale Lösung des Flüchtlingsproblems und in der Konsequenz für ein dauerhaftes Gelingen der Integration und Teilhabe. Denn bei einem Scheitern unserer Bemühungen wird ein solches Ergebnis eine negative Ausstrahlung auf viele europäische Nachbarstaaten haben, die gegenwärtig auf uns blicken und abwarten, wie konkrete Lösungen bei uns aussehen oder wie Deutschland scheitert. Wenn es uns nicht gelingt, werden andere europäische Staaten erst recht keine Flüchtlinge aufnehmen, weil sie das Risiko einer erfolgreichen Integration scheuen. Und was ist dies für ein Zeichen in die Welt? Es ist zweifelsohne wichtig, auch darauf hinzuweisen, dass die Aufnahme von so vielen Menschen und ihre Integration in unsere Gesellschaft nicht ohne Störungen und Schwierigkeiten verlaufen wird. Aber was bedeutet es, wenn die reichsten, demokratischen Länder dieser Welt nicht in der Lage oder nicht willens sind, Menschen auf der Flucht eine sichere Zuflucht zu gewähren? Vor allem vor dem Hintergrund, dass gerade die Außen- und Wirtschaftspolitik dieser Länder viele Fluchtbewegungen ursächlich zu verantworten hat.

Die Umsetzung von europaweiten Lösungen ist dringend geboten. Diese müssen sich an der Notwendigkeit der Hilfeleistungen und nicht nur an subjektiv gefühlten Belastungsgrenzen orientieren. Es ist nicht einzusehen, weshalb eine solidarische Wirtschaftskrisenbewältigung in den südeuropäischen Staaten möglich gemacht worden ist, eine solche solidarische Einigung bei auf der Flucht lebenden Menschen aber nicht gelingen soll.

Eine wirksame Fluchtursachenbekämpfung durch Bereitstellung von finanziellen und personellen Hilfen in den Fluchtländern und durch politische Einflussnahme auf Bürgerkriegsparteien muss ernsthaft und ohne eigene wirtschaftliche oder geostrategische Ziele umgesetzt werden und nicht nur ein politisches Lippenbekenntnis bleiben. Dazu gehören auch der Stopp von Waffenlieferungen in Krisengebiete oder an vermeintliche Verbündete, sowie die Vermeidung von hochsubventionierten Lebensmittelexporten in Länder der Dritten Welt oder der einseitigen Aussetzung von sogenannten Freihandelsabkommen zu Gunsten der Partnerländer.

Allerdings ist auch eine Solidarisierung der europäischen Kirchen dringend gefragt, um der aktuellen Entwicklung der politischen Strömungen in Europa entgegenzuwirken und für eine tragfähige Grundlage einer gelingenden Integration und Teilhabe zu sorgen. In diesem Zusammenhang ist auch Papst Franziskus gefordert, seine an dem Lebensbild der am Rand stehenden Menschen orientierten klaren Stellungnahmen zu präzisieren und deren praktische Umsetzung bei der europäischen Politik und den europäischen Bistümern anzumahnen. Eine gute Gelegenheit dazu wäre bei der Verleihung des Karlspreises der Stadt Aachen gegeben.

Aachen, 28.01.2016